

11. 08. 95

VP – In

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschifffahrt

A. Zielsetzung

Mit dem am 25. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen soll der deutsch-georgische Binnenschiffsverkehr, einschließlich des Verkehrs über den Main-Donau-Kanal, auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden. Damit wird dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Februar 1993 entsprochen, wonach der Binnenschiffsverkehr mit den interessierten Staaten, die den Main-Donau-Kanal befahren wollen, vertraglich zu regeln ist. Das Abkommen gibt der Binnenschifffahrt und der verladenden Wirtschaft der beiden Seiten bessere Möglichkeiten bei der Nutzung der Binnenwasserstraßen.

B. Lösung

Das am 25. Juni 1993 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 22. 09. 95

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

11. 08. 95

VP – In

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Georgien
über die Binnenschifffahrt**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 25/95

Bonn, den 11. August 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der
Republik Georgien über die Binnenschifffahrt

mit Begründung und Vorblatt.

Föderführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 22. 09. 95

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Georgien
über die Binnenschifffahrt**

Vom

199

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschifffahrt sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen sowie das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, die genehmigten Vereinbarungen über die Mindest-/Höchstfrachten sowie die Nebenbedingungen für den Wechselverkehr, auf die sich der Gemischte Ausschuß gemäß Artikel 14 Abs. 8 des Abkommens geeinigt hat, durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Abweichungen von den in einer Rechtsverordnung nach Artikel 2 festgesetzten Mindest-/Höchstfrachten für Verkehrsleistungen sowie Zahlungen oder andere Zuwendungen, die einer Umgehung des festgesetzten Entgelts gleichkommen, sind verboten.

Artikel 4

Ordnungswidrig im Sinne des § 3 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Abschluß von Verträgen über Wechselverkehre im Sinne des Artikels 3 des Abkommens in Abweichung von den durch Rechtsverordnung nach Artikel 2 in Kraft gesetzten Mindest-/Höchstfrachten anbietet oder vermittelt oder wer solche Verträge abschließt oder erfüllt.

Artikel 5

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Wasser- und Schifffahrsdirektion. Das Bundesministerium für Verkehr kann abweichend von § 37 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten durch Rechtsverordnung eine Wasser- und Schifffahrsdirektion als für den Bereich mehrerer Wasser- und Schifffahrsdirektionen zuständig erklären.

Artikel 6

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die vom Gemischten Ausschuß vorgeschlagenen Mindest-/Höchstfrachten müssen nach Genehmigung innerstaatlich in einer der Rechtsstaatlichkeit genügenden Form umgesetzt werden.

Zu Artikel 3

Mit dieser Regelung wird ein Verbot für Umgehungsgeschäfte begründet.

Zu Artikel 4

Um eine Beachtung der vom Bundesministerium für Verkehr erlassenen Mindest-/Höchstfrachten sicherzustellen, erscheint es geeignet, erforderlich und verhältnismäßig, eine Bußgelddrohung nicht nur für die unmittelbaren Vertragskontrahenten, sondern auch für die Vermittler und Erfüllungspersonen zu schaffen. Damit wird erreicht, daß auch Verstöße gegen die für den deutsch-georgischen Wechselverkehr vom Bundesministerium für Verkehr erlassenen Mindest-/Höchstfrachten mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark geahndet werden können.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel regelt, welche Wasser- und Schifffahrtsdirektion bei Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz zuständig ist.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Gesetz und das Abkommen nicht zu erwarten. Die in dem Abkommen vorgesehenen Mindest-/Höchstfrachten werden im Gemischten Ausschuß, in dem Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr, der Binnenschifffahrt und der verladenden Wirtschaft sitzen, vereinbart, so daß eine Ausgewogenheit der Frachten gewährleistet ist. Mögliche Preiserhöhungen lassen sich im voraus nicht quantifizieren. Selbst wenn sich aus Kostengründen in der Zukunft die Notwendigkeit von Frachterhöhungen ergeben sollte, dürften sich solche Erhöhungen vom Umfang her wegen des Wettbewerbs zu den anderen Verkehrsträgern in solchen Grenzen halten, daß Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, aus heutiger Sicht kaum zu erwarten sind. Im übrigen kann erwartet werden, daß der mit dem Abkommen ermöglichte Einsatz des kostengünstigen Verkehrsträgers Binnenschiff sich vorteilhaft auf das Verbraucherpreisniveau auswirken wird.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Georgien
über die Binnenschifffahrt

შეთანხმება
გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობასა
და საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობას შორის
შიდა ნაოსნობის შესახებ

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Republik Georgien –

in dem Wunsch, den beiderseitigen Binnenschiffsverkehr weiter-
 zuentwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und
 Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestimmungen
 über die Entwicklung des Verkehrswesens –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) „Schiffe“: die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei amtlich
 registrierten Schiffe, mit denen Personen- und/oder Güterver-
 kehr dort, wo sie registriert sind, ohne eine besondere Fahrt-
 erlaubnis auf Binnenwasserstraßen betrieben werden kann;
- b) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach Buchstabe a, die unbe-
 mannte und nichtmotorisierte Leichter sind;
- c) „Schiffahrtsunternehmen“: schiffahrtstreibende Unternehmen
 oder Unternehmer, die ihren Firmen- oder Wohnsitz im
 Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien haben;
- d) „Zuständige Behörden“: das Bundesministerium für Verkehr
 der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Ver-
 kehr der Republik Georgien oder andere von einer Vertrags-
 partei benannte Behörden/Stellen;
- e) „Häfen“: die Häfen und amtlich genehmigten Umschlagstellen
 und Anlegestellen der Personenschifffahrt in den Hoheits-
 gebieten der Vertragsparteien.

Artikel 2

(1) Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen Schiffe der einen
 Seite die Wasserstraßen der anderen Vertragspartei befahren

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობა
 და

საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობა, შემდგომში მონაწილე
 მხარეებად წოდებულნი,

ურთიერთშეთანხმებით, ნაოსნობის შემდგომი განვითარების სურ-
 ვილით,

უეროპაში უსაფრთხოებისა და ურთიერთთანამშრომლობის
 კონფერენციის საბოლოო აქტის კერძოდ ტრანსპორტის განვითარე-
 ბის შესახებ მისი დებულებების გათვალისწინებით

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

მუხლი 1

წინამდებარე შეთანხმების შინაარსი შემდეგია:

- ა) „სომალდები“ ნიშნავს ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ტერიტო-
 რიაზე, ოფიციალურად რეგისტრირებულ სომალდებს, რომლე-
 ბითაც შეიძლება მგზავრებისა და ტვირთის გადაადგილება იქ,
 სადაც ისინი არიან რეგისტრირებულნი ამის შესახებ განსაკუთრე-
 ბული ნებართვის გარეშე;
- ბ) „ლიმტერი“ ნიშნავს სომალდებს, რომლებიც მიეკუთვნებიან „ა“
 ჯგუფს, არიან არამოტორიზებული და ეკიპაჟის გარეშე;
- გ) „სანაოსნო საწარმო“ ნიშნავს ნაოსნობით დასაქმებულ საწარმოს
 ან შეწარმეს, რომელთა საწარმოს ადგილსამყოფელი, ან სა-
 ცხოვრებელი ადგილი მოთავსებულია შეთანხმების მონაწილე
 ერთ-ერთი მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე;
- დ) „კომპეტენტური ორგანოება“ ნიშნავს გერმანიის ფედერაციული
 რესპუბლიკის ტრანსპორტის ფედერალურ სამინისტროს და
 საქართველოს რესპუბლიკის ტრანსპორტის სამინისტროს;
- ე) „ნავსადგურები“ ნიშნავს ნავსადგურებსა და ოფიციალურად ნება-
 დართულ გადასატვირთ პუნქტებს, აგრეთვე მისადგომებს
 სამგზავრო სომალდებისათვის, შეთანხმების მონაწილე მხარეების
 სახელმწიფო ტერიტორიაზე.

მუხლი 2

1. ამ შეთანხმების 3-6 მუხლების დებულებების მიხედვით, ერთი
 მონაწილე მხარის ქვეყნის სომალდებს შეუძლიათ გამოიყენონ მეორე

sowie die Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen benutzen. Dies gilt entsprechend für den Transport von sonstigen schwimmenden Objekten (z. B. Bagger, Kräne) sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

(2) Die Schifffahrt regelt sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden sollen.

Artikel 3

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem deutschen Hafen und einem georgischen Hafen sowie umgekehrt befördern (Wechselverkehr).

(2) Im Wechselverkehr dürfen deutsche und georgische Schiffe Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei und einem der folgenden Häfen der anderen Vertragspartei sowie umgekehrt befördern:

- a) einem Seehafen;
- b) einem Hafen, der auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegt;
- c) einem Hafen, den die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses benannt hat.

(3) Im Wechselverkehr sind die deutschen und georgischen Schiffsverkehrsunternehmen paritätisch und nach Möglichkeit im Jahresverlauf kontinuierlich zu beteiligen. Die Aufteilung der Güterbeförderungen erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen.

(4) Für den Wechselverkehr sind wirtschaftlich auskömmliche Frachten und die mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen zu vereinbaren.

(5) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffsverkehrssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

(6) Andere als die in Artikel 1 Buchstaben a und b genannten Schiffe werden zur Teilnahme am Wechselverkehr zwischen den deutschen und georgischen Häfen nur so weit zugelassen, als dies auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses vereinbart wird.

(7) Die Teilnahme von Schiffen aus einem dritten Land am Verkehr zwischen den deutschen und georgischen Häfen geht zu Lasten der Quote der abgebenden Seite.

Artikel 4

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei hindurch auf den Binnenwasserstraßen befördern, die von den Vertragsparteien auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses festgelegt werden (Transitverkehr).

(2) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffsverkehrssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 5

Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem Hafen in einem dritten Land (Drittlandverkehr) und umgekehrt nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der jeweils zuständigen Behörde befördern.

მონაწილე მხარის სანაოსნო გზები, ნავსადგურები და ოფიციალურად ნებადართული ხაფიშები. თვითგადასაყვანი უფლება სხვა დანართი სანაოსნო ტრანსპორტზე, ჩვეულებრივ მკურავ თბილისში (მაგ. ექსპატრიაციები, აშენებები), აგრეთვე ახალნაგებობაში გადაადგილებაზე.

2. ნაოსნობა რეგულირდება შეთანხმების მონაწილე მხარის ქვეყნის კანონმდებლობით, რომლის სამდინარო გზებზეც გამოიყენება.

მუხლი 3

1. გერმანიისა და საქართველოს ზომიერების აქტი მგზავრების გადაყვანის ან/და ტვირთის გადაზიდვის უფლება, როგორც გერმანიის ნავსადგურსა და საქართველოს ნავსადგურს შორის, ისე პარაქიტი /ორმხრივი მიმოსვლა/.

2. ორმხრივი მიმოსვლის გათვალისწინებით, გერმანიისა და საქართველოს ზომიერების უფლება აქტი განსაზღვრული მგზავრების გადაყვანა ან/და ტვირთის გადაზიდვა თავის ტერიტორიაზე მდებარე ნავსადგურსა და მეორე მონაწილე მხარის შემდეგ ნავსადგურებს შორის და პარაქიტი:

- ა) საზღვაო ნავსადგურები;
- ბ) ნავსადგურები, რომლებიც განლაგებულია უშუალოდ ხაზგაშლი ნავსადგურისაკენ მიმავალ გზებზე;
- გ) ნავსადგურები, რომლებიც შერეული კომისიის მიერ დადგენილი კომპენტენტური ორგანოების მიერაა დასაწყველებული.

3. გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო ხაზარმოვებში, ორმხრივი მიმოსვლაში მონაწილეობა უნდა მიიღონ პარაქტული ხაზარმოვებზე და შესაძლებლობის მიხედვით თანამდევრულად წლის განმავლობაში. სატვირთო გადაზიდვების განაწილება ხდება გადაზიდული ტვირთის რაოდენობის საფუძველზე ტონების მიხედვით.

4. ორმხრივი მიმოსვლისათვის საჭიროა ეკონომიკურად მართებული ტარიფების, გადახანადებისა და მათთან დაკავშირებული დამატებითი პირობების შეთანხმება.

5. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია შერეულ კომისიასთან შეთანხმების შემდეგ, გამოაკლის შემთხვევებში ტექნიკური მიზეზების ან სანაოსნო უსაფრთხოების საფუძველზე, თავიანთი სანაოსნო გზის გამოყენებისათვის, ორმხრივი მიმოსვლის დროს სვლების მაქსიმალური რაოდენობის განსაზღვრა.

6. სხვა და არა 1-ლი მუხლის ა) და ბ) პუნქტებში აღნიშნული ზომიერების დაშვებული იქნება გერმანიისა და საქართველოს ნავსადგურებს შორის ორმხრივი მიმოსვლაში მონაწილეობის მისაღებად ისე, როგორც ამას დაადგენს შერეული კომისია.

7. შესაძლოა მხარის ზომიერების მონაწილეობა გერმანიისა და საქართველოს ნავსადგურებს შორის მიმოსვლაში ჩაითვლებოდეს დაშვებული მხარის ქვეყანაში.

მუხლი 4

1. გერმანიისა და საქართველოს ზომიერების შეუძლია მგზავრები გადაყვანონ ან/და ტვირთი გადაიყვანონ მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე სანაოსნო გზების გაყვლით, რაც მონაწილე მხარეების მიერ გადაწყდება შერეული კომისიის დადგენილებების საფუძველზე (ტრანზიტული მიმოსვლა).

2. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია შერეულ კომისიასთან შეთანხმების შემდეგ, გამოაკლის შემთხვევებში ტექნიკური მიზეზების ან სანაოსნო უსაფრთხოების საფუძველზე, თავიანთი სანაოსნო გზის გამოყენებისათვის, ტრანზიტული მიმოსვლის დროს სვლების მაქსიმალური რაოდენობის განსაზღვრა.

მუხლი 5

გერმანიისა და საქართველოს გემებს, შეუძლიათ გადაიყვანონ მგზავრები და/ან გადაიტანონ ტვირთი მეორე მონაწილე მხარის ნაოსნო ტვირთი მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე მდებარე ნავსადგურიდან შესაძლო ქვეყნის ნავსადგურში (მიმოსვლა სამ ქვეყანას შორის) და პარაქიტი, მხოლოდ ყოველივე ეს შესაძლებელია კომპენტენტური ორგანოს მიერ გაცემული ხეციალური ნებართვის საფუძველზე.

Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei (Kabotage) bleibt den Schiffen dieser Seite vorbehalten. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Fahrerlaubnis der zuständigen Behörde.

Artikel 7

(1) Die Schiffe, ihre Besatzungen, ihre Fahrgäste und ihre Ladungen unterliegen den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

(2) Für die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen, ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschiffahrtsstraßen, werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und Ladung beziehen (z. B. Schiffsattest und Schifferpatente), die in ihrem Staat vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden und Bescheinigungen in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Vorschriften genügen.

(3) Gefährliche Güter dürfen nur mit Schiffen befördert werden, die über die für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebenen Zulassungszeugnisse verfügen.

Artikel 8

Jede Vertragspartei wird Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Rechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite.

Das gilt insbesondere:

- a) bei der Erhebung von Schiffs- und Hafenabgaben;
- b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schifffahrtanlagen;
- c) bei der Abfertigung durch die zuständigen Stellen;
- d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

Artikel 9

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsproviant die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zum Verbrauch oder Gebrauch bestimmten Treib- und Schmierstoffe.

Artikel 10

(1) Die deutschen und georgischen Schifffahrtsunternehmen dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung der zuständigen Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Vertretungen oder Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen errichten.

(2) Die deutschen und georgischen Schifffahrtsunternehmen können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

Artikel 11

Jede Vertragspartei gewährt den Schifffahrtsunternehmen der anderen Seite das Recht, ihre Einnahmen frei zu transferieren. Die Transferierung wird auf der Grundlage der amtlichen Wechselkurse innerhalb der üblichen Frist vorgenommen.

მუხლი 6

მგზავრების გადაყვანა და/ან ტვირთის გადაზიდვა ერთ-ერთი მხარის ნავსადგურებს შორის (კაბოტაჟი) წარმოადგენს ამ მხარის გემების უფლებას. გამონაკლისი დაიშვება კომპეტენტური ორგანოების მიერ სპეციალური ნებართვით.

მუხლი 7

1. ზომადგები, მათი ეკიპაჟი, მგზავრები და ტვირთი ექვემდებარება შეთანხმების მონაწილე ამ მხარის კანონმდებლობას, რომლის შიდა სინაოსნო გზებაც ექნება გამოყენებული.

2. შიდა სინაოსნო გზებზე ნაოსნობისათვის, რაინის, მოზელისა და საზღვაო სინაოსნო გზების გარდა, ერთ-ერთი მხარის კომპეტენტური ორგანოები, მეორე მონაწილე მხარის მიერ გაცემული სიგელებისა და მოწმობების წარდგენისას, რომლებიც ეხება ზომადგს, მის ეკიპაჟსა და ტვირთს (მაგ. ზომადგის პატენტი და საკვალიფიკაციო მოწმობა), გასცემს თავის სახელმწიფო ტერიტორიაზე გათვალისწინებულ სიგელებსა და მოწმობებს. ამასთან ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე სიგელები და მოწმობები უნდა გაიცეს ისეთი პირობებით, რომლებიც პასუხობენ მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე მოქმედ განაწესებს.

3. სასაფრთხო ტვირთი შეიძლება მხოლოდ იმ გემებით გადაადგილდეს, რომელთაც გააჩნიათ შესაბამისი მოწმობა სათანადო სინაოსნო გზით სარგებლობისათვის.

მუხლი 8

თითოეული მონაწილე მხარე მეორე მონაწილე მხარის ზომადგებს შეუქმნის 2-6 მუხლებით მინიჭებული უფლებების ისეთივე გამოყენების პირობებს, როგორც თავისი მხარის ზომადგებს.

კერძოდ ეს ეხება:

- ა) სანავიგაციო და სანავსადგურო გადასახადების ამაღლებას;
- ბ) ნავსადგურების მოწყობილობებს, ნავსაყდურელების, რაბების და სხვა საერთო სარგებლობის სინაოსნო მოწყობილობების გამოყენებას;
- გ) კომპეტენტური ორგანოების მიერ დოკუმენტების გაფორმებას;
- დ) საწვავითა და საპოხი მასალებით უზრუნველყოფას.

მუხლი 9

თითოეული მონაწილე მხარე უზრუნველყოფს მეორე მხარის ზომადგებთან ისეთსავე დამოკიდებულებას, როგორც თავისი მხარის ზომადგებთან, ეს ეხება ზომადგებზე არსებული სახურსათო და სასაზღვაო მარაგის საბაჟო გაფორმებას.

ანალოგიური დამოკიდებულება ზომადგების საქირებისათვის გათვალისწინებულ საწვავ და საპოხ მასალებთან.

მუხლი 10

1. გერმანიისა და საქართველოს სინაოსნო საწარმოებს ურთიერთშეთანხმების საფუძველზე გასსნან წარმომადგენლობები ან სააგენტოები თავისი მხარის ზომადგებისა და მათი ეკიპაჟების მომსახურებისათვის მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე, აქ მოქმედი კანონმდებლობის შესაბამისად და კომპეტენტური ორგანოების ნებართვით.

2. გერმანიისა და საქართველოს საწარმოებს შეუძლიათ დადონ ურთიერთშელახრელი შეთანხმება საექსპლუატაციო, ტექნიკურ და კომერციულ სფეროებში ერთობლივი მუშაობის შესახებ, გადაზიდვების ეკონომიური ეფექტიანობის ამაღლების მიზნით.

მუხლი 11

თითოეული მონაწილე მხარე მეორე მონაწილე მხარის სინაოსნო საწარმოებს უფლებას აძლევს, რომ თავისუფლად გადაიყვანონ საკუთარი შემოსავალი თავიანთი მხარის ტერიტორიაზე. გადაყვანა მოხდება ოფიციალური სავალუტო კურსის მისდევით ჩვეულებრივი ვადების ფარგლებში.

Artikel 12

(1) Die Besatzungsmitglieder der deutschen und georgischen Schiffe benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltsgenehmigung in der Form des Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf Personen- und Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz eines der in Absatz 1 genannten Dokumente und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 16 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der deutschen und georgischen Schiffe für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie Inhaber eines Donauschifferausweises oder Seemannspasses und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen oder den Seemannspässen eingetragenen Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführte Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Beide Vertragsparteien tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Günstigere Rechtsvorschriften über Einreise und Aufenthalt von Ausländern bleiben unberührt.

Artikel 13

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stilliegen:

- im Lade- und Löschhafen;
- in Häfen an der Fahrtstrecke;
- an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle stilliegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll- oder andere zuständige Behörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien gewährleisten bei Havarien oder Unfällen der Schiffe oder der Besatzungsmitglieder der Schiffe der jeweils anderen Seite die erforderliche Hilfe. Bei schweren Havarien oder Unfällen setzt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Vorfall ereignet hat, die andere Vertragspartei unverzüglich in Kenntnis und, falls eine Aufklärung der Umstände des Vorfalls erfolgt, unterrichtet sie diese über die Ergebnisse der Aufklärung.

Artikel 14

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuss gebildet. Dem Gemischten Ausschuss gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Vertragspartei an, die vom Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Ministerium für Verkehr der Republik Georgien bestimmt werden.

(2) Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuss ein Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesministerium für Verkehr benannter Vertreter der Schifffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(3) Von Seiten der Republik Georgien werden dem Gemischten Ausschuss ein Vertreter des Ministeriums für Verkehr als Delegations-

შემალი 12

1. გერმანიისა და საქართველოს ზომაღდების ეკიპაჟის წევრებს, საზღვარზე გადასახველად ესაჭიროებათ ქვეყანაში ყოფნის ნებართვა (ვიზა ხაზით).

2. სამგზავრო და სატვირთო ზომაღდების ეკიპაჟის წევრებთან ერთად მგზავრობა შეუძლიათ აგრეთვე მათ მეუღლეებსა და დაუქორწინებელ მცირეწლოვან შვილებს, თუ ისინი 1-დ პუნქტში აღნიშნული დოკუმენტში იქნებიან გაფორმებული. ბავშვები 16 წლამდე შეიძლება იყვნენ დასახლებულნი ერთ ერთი მეუღლის პასპორტში.

3. გერმანიისა და საქართველოს ზომაღდების ეკიპაჟის წევრებს დუნაიზე საზღვრის გადაკვეთისას ან ზომაღდის გემბანზე, აგრეთვე დუნაის სანაპიროზე განლაგებული ნავსადგურების ტერიტორიაზე ყოფნისას არ ესაჭიროებათ ვიზა, თუ მათ აქვთ დუნაიზე ნაოსნობის მოწმობა ან შეზღუდვის პასპორტი და თუ ისინი შეყვანილნი არიან ეკიპაჟის ხაზში. იგივე ესება ეკიპაჟის წევრების ოჯახის წევრებს, რომლებიც შეყვანილნი არიან დუნაიზე ნაოსნობის მოწმობაში ან შეზღუდვის პასპორტში.

4. ყველა ის პირები, რომელნიც მოხსენიებული არიან 1 და 2 პუნქტებში და იმყოფებიან გემბანზე, აუცილებლად უნდა აღირიცხებოდნენ ეკიპაჟის სიაში.

5. ორივე მონაწილე მხარე ერთმანეთში ცვლის 1 და 2 პუნქტებში აღნიშნული დოკუმენტების ნიმუშებს.

6. სამართლებრივი წესდება, ქვეყანაში შემოსვლისა და იქ ყოფნის შესახებ უცხოელთა მიმართ უცვლელია.

შემალი 13

1. გერმანიისა და საქართველოს ზომაღდების შეუძლიათ დღე ღამის განმავლობაში გაჩერდნენ შემდეგ ადგილებში:

- დატვირთვა-განტვირთვის ნავსადგურებში;
- სამგზავრო ტრასის ნავსადგურებში;
- სამგზავრო მონაკვეთზე ნებადართულ ადგილებში.

2. ავარიის, უბედურების, გემბანზე მყოფი რომელიმე წევრის მძიმე ავადმყოფობის ან სხვა მიზეზით გამოწვეული შემთხვევების დროს, როდესაც შეუძლებელი ხდება მგზავრობის გაგრძელება, ზომაღდების შეუძლიათ გაჩერდნენ შესაფერის ადგილებში, ასეთ შემთხვევებში გემის კაპიტანმა, ან ერთ-ერთმა წევრმა ალკურეილმა პირმა, ან მის შესახებ აუცილებლად, სასწრაფოდ უნდა შეატყობინოს ახლო მდებარე სასაზღვრო, საბაჟო ან სხვა კომპეტენტურ ორგანოს.

3. ორივე მონაწილე მხარის კომპეტენტური ორგანოები მეორე მხარის ზომაღდების ავარიის ან უბედურების შემთხვევაში, აგრეთვე ეკიპაჟის წევრების უბედურების შემთხვევაში, აღმოუჩინენ სასწრაფო დახმარებას შესაბამის მხარეს. მძიმე ავარიების ან უბედურა შემთხვევების დროს, ის მონაწილე მხარე, რომლის ტერიტორიაზედაც მოხდა შემთხვევა, სასწრაფოდ აცნობებს დაზარალებულ მხარეს ამას შესახებ, სოლო თუ დაიწყება მომზადარი შემთხვევის გარემოებების შემსწავლელი გამოძიება, აცნობებს დაზარალებულ მხარეს ამ გამოძიების შედეგებს.

შემალი 14

1. ამ შეთანხმების შესრულებისა და გამოყენებაზე ზედამხედველობის მიზნით შეიქმნება შერეული კომისია. მასში თითოეულ მონაწილე მხრიდან, შევა სამ-ხამა წევრით ალკურეილი პირი, რომლებიც შესაბამისად დაინიშნებიან გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტროსა და საქართველოს რესპუბლიკის ტრანსპორტის სამინისტროს მიერ.

2. გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მხრიდან შერეულ კომისიაში შევა ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტროს ერთი წარმომადგენელი, როგორც დელეგაციის მეთაური და თითო-თითო წარმომადგენელი ხანაონი საწარმოებისა და ტყარიმფლობელები მხრიდან.

3. საქართველოს რესპუბლიკის მხრიდან შერეულ კომისიაში შევა ტრანსპორტის სამინისტროს ერთი წარმომადგენელი, როგორც

tionsleiter sowie je ein vom Ministerium für Verkehr benannter Vertreter der Schiffsverkehrsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(4) Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

(5) Der Gemischte Ausschuss erarbeitet und bestärkt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(6) Der Gemischte Ausschuss hat insbesondere die Aufgabe:

- a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die
 - Festlegung der Binnenhäfen gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c;
 - Festsetzung von Mindest-/Höchstfrachtraten und der mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen gemäß Artikel 3 Absatz 4;
 - Festlegung der Transitwasserstraßen gemäß Artikel 4 Absatz 1;
 - Zulassung von Schiffen aus Drittstaaten zum Wechselverkehr gemäß Artikel 3 Absatz 6;
 - Anpassung dieses Abkommens an den Entwicklungsstand der Binnenschifffahrt;
- b) die Güter auf die deutschen und georgischen Schiffsverkehrsunternehmen gemäß Artikel 3 Absatz 3 erforderlichenfalls aufzuteilen und die Ladungsaufteilung zu überwachen;
- c) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen im Wechselverkehr gemäß Artikel 3 Absatz 5 und im Transitverkehr gemäß Artikel 4 Absatz 2;
- d) die Transporte der deutschen und georgischen Schiffe statistisch zu erfassen.

(7) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach Absatz 6 Buchstabe a zu treffenden Vereinbarungen kommen durch übereinstimmende Erklärungen der Delegationsleiter im Gemischten Ausschuss zustande. Die Erklärungen der Delegationsleiter erfolgen im Namen der zuständigen Behörden. Die Erklärungen sollen möglichst innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Unterbreitung des Vorschlags des Gemischten Ausschusses abgegeben werden.

(8) Mindest-/Höchstfrachtraten einschließlich der Nebenbedingungen, auf die der Gemischte Ausschuss sich geeinigt hat, sind erforderlichenfalls den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen; das Inkrafttreten wird zwischen den beiden Vertragsparteien vereinbart. Das Inkraftsetzen gemäß Innerstaatlichem Recht ist der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(9) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuss nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Vertragspartei die Vertreter der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien innerhalb von vier Wochen zu Konsultationen zusammen.

(10) Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuss auf Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf.

Artikel 15

Deutsche und georgische Sportfahrzeuge können die Binnenwasserstraßen beider Vertragsparteien unter Beachtung des jeweiligen dort geltenden Rechts benutzen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

დელეგაციის შეთავარი და თითო-თითო წარმომადგენელი სანაოსნო საწარმოებისა და ტვირთმფლობელებისაგან.

4. ცალკეული საკითხების დასაზუსტებლად, თითოეულ მხარეს შეუძლია მოიწველოს ექსპერტები.

5. შერეული კომისია თავის პირველ სხდომაზე, შეიქმნება და დაადგენს თავისი საქმიანობის განაწესს.

6. შერეულ კომისიას განსაკუთრებით ევალება:

- a) მისცეს წინადადებები კომპეტენტურ ორგანოებს შემდეგი საკითხების მოსაგვარებლად:
 - სამშენაო პროექტების დანიშვნის შესახებ მე-3 მუხლის მე-2 პუნქტის ა) ქვეპუნქტის შესაბამისად,
 - მინიმალური და მაქსიმალური სატარიფო გადასახადების დანიშვნისა და მისთან დაკავშირებულ დამატებით საკითხებზე მე-3 მუხლის 4 პუნქტის შესაბამისად,
 - წინამდებარე შეთანხმების მე-4 მუხლის 1-ლი პუნქტის მიხედვით სატრანზიტო გზის დადგენა,
 - ზომადებისათვის შესაძენი ქვეყნიდან, ორმხრივ მიმოსვლაზე ნების დართვის შესახებ,
 - წინამდებარე შეთანხმების შესათვისებლად შინა ნაოსნობის მგზავრობის განვითარებასთან;
- ბ) გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოების ტვირთი, საქართველოს შემთხვევაში, გაგებული უნდა იქნეს მე-3 მუხლის მე-3 პუნქტის მიხედვით და საქართველოს მეთვალყურეობას;
- გ) კონსულტაციის ჩატარება - მგზავრობათა მაქსიმალური რაოდენობათა შესახებ, ორმხრივ მიმოსვლაში მე-3 მუხლის 5 პუნქტის და ტრანზიტულ მიმოსვლაში მე-4 მუხლის მე-2 პუნქტის შესაბამისად;
- დ) გერმანიისა და საქართველოს ზომადების ტრანსპორტირება, სტატისტიკურად აღირიცხოს.

7. მე-5 პუნქტის წინადადების საფუძველზე, გადაწყვეტილებები მიიღება დელეგაციის შეთავრის მიერ შერეულ კომისიაში განაცხადის თანახმად. დელეგაციის შეთავრის განცხადება ფორმდება მონაწილე მხარეების კომპეტენტური ორგანოების სახელით. განცხადებები უნდა გაფორმდეს შესაძლებლობის მიხედვით - ორი კვირის განმავლობაში - შერეული კომისიის წინადადების წარმოდგენის შემდეგ.

8. მინიმალური და მაქსიმალური სატარიფო გადასახადები და მათთან დაკავშირებული დამატებითი საკითხები თანხმდება შერეულ კომისიისთან, საქართველოს შემთხვევაში, ეს შეთანხმება წარედგინება კომპეტენტურ ორგანოებს, მისი ძალაში შესვლის შესახებ მორიდდება ორივე მხარე. ძალაში შესვლა ქვეყნის საკუთარი სამართლის შესაბამისად, დაუფიქრებელივც ეცნობება რომელიმე შეთანხმებულ მხარეს.

9. თუ შეთანხმება შერეულ კომისიაში არ იქნა მიღწეული, ერთ-ერთი მონაწილე მხარის მოთხოვნით, ორივე მხარის კომპეტენტურ ორგანოთა წარმომადგენლები, ოთხი კვირის განმავლობაში იკრიბებიან საკონსულტაციოდ.

10. კომპეტენტური ორგანოები, მოთხოვნის საფუძველზე შერეულ კომისიას გადასცემენ ამ დოკუმენტაციას, რომელიც მას თავისი დავალებების შესასრულებლად სჭირდება.

მუხლი 15

გერმანიისა და საქართველოს სპორტულ გემებს შეუძლიათ, ამ ქვეყნების შიდა სანაოსნო გზებზე გამოიყენონ შესაბამის მხარეში მოქმედი კანონების შესაბამისად.

მუხლი 16

1. წინამდებარე შეთანხმების მოქმედების ვადა განუსაზღვრელია.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs durch Notifikation gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahrs außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. ეს შეთანხმება ძალაში შედის ამ დღიდან, ამ დღის ხაში თვის გასვლის შემდეგ. რაიმეხაც მონაწილე მხარეები ერთმანეთს შეატყობინებენ, რომ შესრულებულია შინაბასელებზე ფორმალუბები წინამდებარე შეთანხმების ძალაში შეხასხველად.

3. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია ეს შეთანხმება ექვსი თვის განმავლობაში, კალენდარული წლის ბოლომდე ოფიციალურად, წერილობითი ფორმით, გააუქმოს. ამ შემთხვევაში იგი ამ წლის გასვლასთან ერთად ძალადაკარგულად ითვლება.

შესრულებულია ქ. ბონში 1993 წლის 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე. ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა გააჩნია.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Kinkel
M. Carstens

Für die Regierung der Republik Georgien
საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Tschikwaidse

Protokoll

რუსი

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Georgien haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Binnenschifffahrt, das zum Ziel hat, die beiderseitigen Binnenschiffahrtsbeziehungen weiterzuentwickeln und zu verbessern, folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Verkehrsrechte

Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich die Vertragsparteien geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

(1) Wechselverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem deutschen und georgischen Schiff von dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach oder von einem Binnenhafen, der im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien liegt.

(2) Transitverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen, beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.

(3) Drittlandverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder umgekehrt.

(4) Kabotage:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschräumen an Binnenwasserstraßen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsguts.

2. Für solche Transitverkehre, die auf den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien weder beginnen noch enden, wird auf Ersuchen einer Vertragspartei und auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses eine quotenmäßige Beteiligung der deutschen und georgischen Schifffahrtsunternehmen vereinbart.
3. Rechte und Pflichten aus früher geschlossenen multilateralen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen beide Vertragsparteien oder eine der Vertragsparteien angehören, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობამ და საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობამ ხელი მოაწერეს შეთანხმებას შიდა სანაოსნო გზებზე მიმოსვლის შესახებ, რომლის მიზანია მეტად განავითაროს და გააუმჯობესოს ეს მიმოსვლა. შეთანხმდნენ შემდეგ საკითხებზე, რომლებიც ამ შეთანხმების შემადგენელ ნაწილს წარმოადგენს:

1. სატრანსპორტო საშუალებები

შეთანხმების ერთობლივად გამოყენებისათვის, მონაწილე მხარეები შეთანხმდნენ ამოსულობებიდან სამგზავრო კანონების შემდეგი შინაარსობრივი გატეხიდან:

(1) ორმხრივი მიმოსვლა:

მგზავრობა და/ან ტვირთის გადაადგილება გერმანიისა და საქართველოს ზომიერად, რომელიმე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიიდან მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე, ერთ-ერთი მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე სამდინარო ნავსადგურიდან ნავსადგურში.

(2) ტრანზიტული მიმოსვლა:

მგზავრობა და/ან ტვირთის გადაადგილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ზომიერად მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიის გავლით, მგზავრობისას მგზავრობა აუგანა-ჩამოყვანის გარეშე და შესაბამისად, ტვირთის აწევა-ჩამოწევის გარეშე.

(3) მიმოსვლა 3 ქვეყანას შორის:

მგზავრობა და/ან ტვირთის გადაადგილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ზომიერად მე-3 ქვეყნიდან მე-2 ქვეყნის სახელმწიფო ტერიტორიაზე.

(4) კაბოტაჟი:

მგზავრობა და/ან ტვირთის გადაადგილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის გემით, დატვირთვისა და განტვირთვის პუნქტებს შორის, შინა სანაოსნო გზებით, მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე.

იმის შესაფასებლად, თუ რომელი სატრანსპორტო კანონი აირჩევა მოცემული ზომიერებისათვის, სახელმძღვანელო კრიტერიუმია გადაადგილების შესაძლებლობა და არა ტვირთის სადაურობა და დანიშნულების ადგილი.

2. ისეთი ტრანზიტული მიმოსვლისათვის, რომლებიც არც იწყება და არც მთავრდება მონაწილე მხარეების სახელმწიფო ტერიტორიებზე, ერთ-ერთი მონაწილე მხარის თხოვნით, შერეული კომისიის წინადადების საფუძველზე, შეთანხმება მოხდება გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოთა წილობრივი მონაწილეობით.
3. კანონები და ვალდებულებები, რომელნიც ადრე მრავალმხრივ საერთაშორისო - კანონიერ ხელშეკრულებებისაგან გამომდინარეობენ და რომლის მონაწილეობაც არიან მონაწილე მხარეები, ის ერთ-ერთი მათგანია, ამ შეთანხმებით ხელშეუხებელი იქნება.

შესრულებულია ქ. ბონში 1993 წლის 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა გააჩნია.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობის სახელით

Kinkel

M. Carstens

Für die Regierung der Republik Georgien

საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობის სახელით

Tschikwaidse

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschifffahrt ist am 25. Juni 1993 in Bonn unterzeichnet worden. Nach Maßgabe der gegenseitig eingeräumten Verkehrsrechte gewähren beide Vertragspartner den Schiffen der jeweils anderen Seite das Befahren und Befördern auf ihren Binnenwasserstraßen.

Mit diesem Abkommen wird dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Februar 1983 entsprochen, wonach der Binnenschiffsverkehr mit den interessierten Staaten, die den Main-Donau-Kanal benutzen wollen, vertraglich zu regeln ist. Die Donau- und Rheinschiffahrtsunternehmen werden auf Märkten mit unterschiedlichen Strukturen und Ordnungssystemen tätig. Ihr Marktverhalten als Anbieter ist teils nach anderen Kriterien ausgerichtet. Es waren daher in dem Abkommen für den Transport von Gütern zwischen den beiden Staaten Regelungen über eine Ladungsaufteilung und über eine Frachtenfestsetzung zu treffen.

Mit der Fertigstellung des Main-Donau-Kanals am 25. September 1992 ist es zu einem verstärkten Güteraustausch auf dem Wasserwege gekommen. Durch die in dem Abkommen festgelegten Regelungen wird sichergestellt, daß die Ordnung des innerstaatlichen Schifffahrts- und Verkehrsmarktes nicht beeinträchtigt wird. Im übrigen ist durch das Zusatzprotokoll Nr. 2 zur Revidierten Rheinschifffahrtsakte (BGBl. 1980 II S. 870) ein Schutz des Rheinschifffahrtsmarktes insoweit vorgenommen worden, als nur die zur Rheinschifffahrt gehörigen Schiffe hieran teilnehmen dürfen (Vorbehalt der Kleinen und Großen Kabotage zugunsten der zur Rheinschifffahrt gehörenden Schiffe).

B. Zu den Einzelbestimmungen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel enthält die für die Anwendung des Abkommens erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bestimmt den Rahmen der eingeräumten Verkehrsrechte, und zwar des Transit-, Wechsel-, Drittland- und Kabotageverkehrs. Um beim Vollzug jegliche Unklarheit auszuschließen, haben die beiden Delegationen unter Nummer 1 des Protokolls diese Verkehrsrechte in einer völkerrechtlich verbindlichen Form klar voneinander abgegrenzt und definiert.

Zu Artikel 3

In Absatz 1 wird geregelt, auf welchen Wasserstraßen der Vertragsparteien ein Wechselverkehr stattfinden darf.

Mit der Regelung in den Absätzen 2 und 5 werden die Einschränkungsmöglichkeiten im Wechselverkehr umschrieben.

In Absatz 3 ist die Ladungsaufteilung geregelt, die wegen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, vor allem we-

gen unterschiedlicher Akquisitionsmöglichkeiten, erforderlich war. Grundsätzlich hat eine hälftige Ladungsaufteilung zu erfolgen.

Wegen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in den beiden Vertragsstaaten sind nach Absatz 4 wirtschaftlich auskömmliche Frachten sowie die Nebenbedingungen verbindlich festzusetzen. Nach Artikel 4 des Vertragsgesetzes zu diesem Abkommen kann ein Verstoß gegen die festgesetzten Frachtentgelte als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Um die Wirtschaftlichkeit und Flexibilität des Wechselverkehrs sicherzustellen, können auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses Schiffe aus Drittstaaten eingesetzt werden.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel regelt den Transitverkehr über die Binnenwasserstraßen beider Seiten. Auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses werden die zuständigen Behörden eine Vereinbarung treffen, in der die Wasserstraßen festgelegt sind, auf denen der Transitverkehr erfolgen darf.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, daß Drittlandverkehr nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde zulässig ist.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel stellt sicher, daß die Beförderung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – sog. Kabotage – grundsätzlich der deutschen Schifffahrt vorbehalten bleibt. Ausnahmen sind nur mit einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde gestattet.

Zu Artikel 7

Für die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen werden nach Absatz 2 nach Vorlage der in dem anderen Vertragsstaat ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und die Ladung beziehen, die bei uns allgemein erforderlichen Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt, sofern die von der anderen Seite ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen unter Bedingungen erteilt worden sind, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften genügen. Für die Fahrt auf dem Rhein, der Mosel und auf den Seeschifffahrtsstraßen sind besondere Urkunden und Bescheinigungen erforderlich.

Absatz 3 enthält besondere Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter.

Zu den Artikeln 8 und 9

Diese Artikel beinhalten Gleichbehandlungsklauseln.

Zu Artikel 10

Absatz 1 regelt auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit das Recht, Agenturen zu errichten, deren Tätigkeit sich auf die

Betreuung von Schiffen und Besatzungen zu beschränken hat.

Mit Absatz 2 wird eine kommerzielle Zusammenarbeit der Schifffahrtsunternehmen beider Vertragsstaaten ermöglicht.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sichert den Schifffahrtsunternehmen den freien Transfer von Einnahmen in das Gebiet ihrer Seite.

Zu Artikel 12

In den Absätzen 1 bis 5 werden Regelungen über die erforderlichen Reisedokumente getroffen.

In Absatz 6 wird sichergestellt, daß eine Regelung über Einreise und Aufenthalt von Ausländern, die günstiger ist als die in dem Abkommen getroffene Regelung, vorgehen soll.

Zu Artikel 13

Absatz 1 regelt die Liegerechte der Schiffe.

In den Absätzen 2 und 3 werden die gegenseitigen Rechte und Pflichten bei Havarien, Unfällen und schwerer Krankheit von an Bord befindlichen Personen festgelegt.

Zu Artikel 14

In Absatz 1 ist die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses geregelt, der die Einzelmaßnahmen bei der Ab-

kommensausführung vorschlagen und diese überwachen soll. Die Zusammensetzung des Gemischten Ausschusses ist in den Absätzen 2 bis 4 festgelegt.

Die detaillierte und vielfältige Aufgabenteilung an den Gemischten Ausschluß in Absatz 6 zeigt, daß dem Gemischten Ausschluß beim Vollzug des Abkommens eine zentrale Bedeutung zukommt. Er ist das Forum für die Behandlung aller mit der Durchführung des Verkehrs anfallenden Fragen sowohl technischer als auch wirtschaftlicher Art.

Die Absätze 7 bis 10 gewährleisten eine wirksame Aufgabenerfüllung des Gemischten Ausschusses.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel enthält eine Sonderregelung für Sportfahrzeuge. Sie dürfen die Binnenwasserstraßen befahren und unterliegen dabei den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Zu Artikel 16

Die Absätze 1 und 2 regeln, daß das Abkommen am ersten Tag des Dritten Monats nach dem Tag in Kraft tritt, an dem beide Seiten einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Danach soll das Abkommen auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben. Nach Absatz 3 kann das Abkommen mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

22.09.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschifffahrt

Der Bundesrat hat in seiner 688. Sitzung am 22. September 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.